

K5 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: .

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Für ein offenes und vielfältiges Nordrhein-Westfalen engagieren sich tagtäglich Millionen Menschen in unserem Land. Ob in der Nachbarschaftshilfe, im Frauenhaus, im Katastrophenschutz oder im Stadtrat. Sie stehen füreinander ein, heißen Geflüchtete willkommen, demonstrieren für die Rechte queerer Menschen und sorgen so dafür, das Versprechen unserer Demokratie einzulösen: Wir sind verschieden und dabei gleich an Rechten und Würde.

Demokratie ist nie fertig, sie ist immer in Bewegung. Wir sind schon weit gekommen und haben gleichzeitig noch viel zu tun. Kinder und Jugendliche sollen über ihre Zukunft mitentscheiden, statt nur vom Spielfeldrand zuzuschauen – deshalb senken wir das Wahlalter auf 16 Jahre ab. Frauen steht die Hälfte der Macht in unserem Land zu, auch in unseren Parlamenten. Und unser Wahlrecht kann noch viel mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte den Weg zur Wahlurne bereiten. Wir sprechen die Einladung aus, Entscheidungen nicht über den Kopf der Bürger*innen zu treffen, sondern mit einer neuen Politik der Beteiligung.

In Zeiten von Wandel und Umbruch erneuern wir das Versprechen, dass Politik Verantwortung auch für schwierige Entscheidungen übernimmt, zu Fehlern steht und transparent arbeitet. Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren schwere Krisen erlebt – das Hochwasser, Corona und seine Folgen. In der Krise zeigt sich, wer wir sind. Ob wir vorausschauend handeln oder Dienst nach Vorschrift tun – das ist eine Frage von Führung und von funktionierenden Strukturen. Deshalb ist Vorsorge unser politisches Leitprinzip. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig zu wissen: Der Staat schützt mich, er handelt vorausschauend und ist so ausgestattet, dass er auch auf Unvorhergesehenes reagieren kann. Unser Leitbild ist ein Staat, der seinen Bürger*innen im besten Sinne des Wortes zu Diensten ist, der es leicht macht, ihn zu verstehen und sich einzubringen. Der digital, technisch und personell bestens ausgerüstet ist und Datenschutz sowie Privatsphäre respektiert und schützt.

Vielfalt und Nordrhein-Westfalen sind seit langem untrennbar miteinander verknüpft. Vielfalt ist herausfordernd und gleichzeitig eine Chance. Sie zu gestalten und Konflikte auszuhandeln, begreifen wir als unseren politischen Auftrag. Schon viele Male ist unser Land über sich hinausgewachsen, um Einwander*innen und Geflüchtete willkommen zu heißen. Es wird durch Einwanderung reicher. Neue Perspektiven bringen neue Ideen, die uns weiterbringen und uns helfen, mit Herausforderungen fertig zu werden. Wir können Menschen eine neue Heimat bieten, die ihre alte verloren haben. Sie kommen mit großer Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Sicherheit. Gemeinsam mit ihnen machen wir uns selbstbewusst die Errungenschaften unserer Gesellschaft neu bewusst. Wir kämpfen gemeinsam mit ihnen für eine starke Demokratie, in der es gerechte Chancen für alle gibt und in der Glaubensfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und queere Rechte eine Selbstverständlichkeit sind.

Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Als bevölkerungsreichstes Bundesland mit großer wirtschaftlicher Stärke hat es auch eine führende Rolle

44 innerhalb der Bundesrepublik. Daraus erwächst der Auftrag, dieses Gewicht auch
45 in der europäischen und internationalen Politik geltend zu machen. Mit einer
46 grünen Landesregierung wird Nordrhein-Westfalen dieser Verantwortung nachkommen.
47 Wir machen in Nordrhein-Westfalen, Berlin, in Europa und auch darüber hinaus
48 Demokratie, Freiheit, Gleichstellung und die Wahrung der Menschenrechte zur
49 Richtschnur unserer Politik. Das gilt für internationale Handelsverträge ebenso
50 wie für die europäische Gesetzgebung. Freihandelsabkommen zu Lasten von Menschen,
51 Umwelt und Klima in den Partnerländern lehnen wir ab. Und wir fordern weiterhin
52 eine europäische Flüchtlingspolitik, die das Recht auf Leben und Unversehrtheit
53 zur obersten Maxime macht.

54 Wir bauen Beteiligung und Mitbestimmung aus

55 Neue Politik der Beteiligung und des Dialogs
56 Demokratie lebt vom Mitmachen! Beteiligung hilft uns, Lösungen zu finden, die
57 von allen mitgetragen werden. Sie kann politische Entscheidungen verbessern,
58 weil die Alltagserfahrung und das Wissen der Bürger*innen einfließen. Das ist
59 gerade jetzt besonders wichtig – denn wir stehen vor großen gesellschaftlichen
60 Umbrüchen, wollen unsere gesamte Infrastruktur klimafest machen. NRW wird
61 gleichzeitig immer vielfältiger. Diese Veränderung begleiten wir mit einer
62 Kultur der Beteiligung und des Dialogs. Wir setzen eine*n zentrale*n
63 Ansprechpartner*in der Landesregierung für Beteiligung und Dialog ein. Wir
64 stärken die direktdemokratischen Elemente unserer Landesverfassung deutlich. Wir
65 berufen Bürger*innenräte zu ausgewählten Zukunftsthemen ein. Denn Erfahrungen
66 aus Bund und anderen Ländern zeigen, dass Bürger*innenräte stark darin sind,
67 konstruktive Lösungen im Dialog zu finden. Zufällig und repräsentativ
68 ausgewählte Bürger*innen beraten über eine konkrete Fragestellung und erarbeiten
69 Handlungsempfehlungen. Diese muss das Parlament dann beraten. Zudem erleichtern
70 wir direkte Demokratie, indem wir die Mindestanzahl einzureichender
71 Unterschriften für Begehren und Initiativen reduzieren, die Bedingungen für die
72 Unterschriftensammlung vereinfachen und die direktdemokratische Mitbestimmung
73 bei deutlich mehr Themen ermöglichen.

74 Versammlungsfreiheit schützen

75 Unsere Demokratie lebt davon, dass wir frei und ohne Angst unsere Meinung
76 öffentlich sagen können. Für dieses Recht haben viele mutige Menschen lange
77 gekämpft. Sich mit Gleichgesinnten auf Demonstrationen oder Kundgebungen für
78 eine Sache einzusetzen zu können ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer
79 Demokratie. Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen in NRW ermöglicht
80 und schützt und nicht erschwert und bei dem es für jede*n unbürokratisch möglich
81 ist Versammlungen anzumelden und rechtssicher durchzuführen. Der Schutz der
82 persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden nicht weiter beschnitten
83 werden.

84 Ernst nehmen, wem die Zukunft gehört: Kinder und Jugendliche
85 Politik darf nicht auf Kosten der nächsten Generationen gehen. Kinder und
86 Jugendliche haben das Recht, über die Welt, in der sie leben und über ihre
87 Zukunft mitzuentcheiden. Wir werden das Wahlalter für die Landtagswahlen
88 deshalb auf 16 Jahre senken. So erreichen wir auch, dass alle politischen Akteure
89 die Belange der Jugendlichen besser in den Blick nehmen. Kinderrechte sind in
90 der Landesverfassung verankert und müssen gelebt werden. Mit einem verbindlichen
91 Jugendcheck werden wir die Gesetzesentwürfedarauf prüfen, wie sie das Leben von

92 jungen Menschen beeinflussen. In den Kitas und Schulen sollen
93 Beteiligungskonzepte verankert und verlässlich gelebt werden, sodass Kinder
94 Demokratie von Beginn an erfahren und in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt
95 werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir der Jugend ein verbindliches
96 Mitspracherecht garantieren. Dazu werden wir den Gemeinden durch Gesetz
97 verbindlich vorschreiben, für die Interessen von Jugendlichen besondere
98 Vertretungen oder Beauftragte zu bestellen. Durch die bessere Einbindung in den
99 demokratischen Prozess muss die Gemeinde die Interessen der Jugendlichen stärker
100 wahrnehmen.

101 Ein Vielfalts-Update für unsere Demokratie

102 Vielfalt ist in Nordrhein-Westfalen gelebte Normalität. Wer hier lebt, soll das
103 Recht haben, unsere Gesellschaft mitzugestalten und mitzuentcheiden. Wir wollen
104 die strukturellen und institutionellen Hürden abbauen, die bisher eine
105 gleichberechtigte Beteiligung verhindert haben. Wir richten das politische
106 Ehrenamt so aus, dass jede*r unabhängig von Schulabschluss, Einkommen oder
107 individueller Lebenssituation sich aktiv am politischen Prozess beteiligen kann.
108 Auch Bürger*innen aus anderen EU-Staaten sollen das Recht bekommen, an
109 Landtagswahlen teilzunehmen. Ausländer*innen aus Nicht-EU-Staaten, die seit
110 langem in NRW ihren Lebensmittelpunkt haben, erhalten das kommunale Wahlrecht.
111 Mehrstaatlichkeit wird hier gelebt und gehört zu einem modernen Staat. Auch
112 werden wir unseren Einfluss auf die Bundespolitik nutzen, um mehrere
113 Staatsangehörigkeiten neben der Deutschen zu ermöglichen. Wer sich eine Meinung
114 bilden und aktiv mitgestalten will, muss verstehen können und verstanden werden.
115 Mehrsprachigkeit, Leichte Sprache, Gebärdensprache und Blindenschrift sind ein
116 ganz bedeutsamer Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe. Wir erweitern die
117 sprachliche Vielfalt, insbesondere in öffentlichen Institutionen. Wir schaffen
118 Zugänge, dort wo sie bisher fehlen, um das politische Engagement und die
119 Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung in politischen Prozessen zu erhöhen.

120 Zivilgesellschaft und ehrenamtliche Arbeit unterstützen

121 Demokratie ist nur so stark wie die Gesellschaft, die sie unterstützt. Ob beim
122 Schwimmtraining, im Kita-Förderverein, bei der freiwilligen Feuerwehr oder in
123 der Kirchengemeinde: Ehrenamtlich engagierte Menschen in NRW sorgen buchstäblich
124 dafür, dass der Laden läuft und tragen die Interessen und Anliegen der
125 Bürger*innen in die Öffentlichkeit. Wir werden dem bürgerschaftlichen Engagement
126 und der Bürgerbeteiligung einen deutlich höheren Stellenwert in der
127 Regierungspolitik einräumen. Hierfür spielt die langfristige Absicherung von
128 Verbänden, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine
129 entscheidende Rolle. Wir werden die Ehrenamtsstrategie des Landes NRW
130 weiterentwickeln und so erreichen, dass sich alle Menschen ganz einfach
131 engagieren können, unabhängig von Wohnort, Alter, Herkunft, Behinderung oder
132 sexueller Identität. Besonders in ländlichen Gemeinden unterstützen wir
133 ehrenamtlich Engagierte durch Förderscouts. Sie helfen, Fördergelder für
134 gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen. Wir bauen den Freiwilligendienst
135 aus, bei dem viele jungen Menschen sich engagieren und im Rahmen eines
136 freiwilligen Jahres Erfahrungen sammeln. Wir sorgen dafür, dass Freiwillige
137 zukünftig bei Kulturangeboten und beim ÖPNV ähnliche Vergünstigungen und
138 Ermäßigungen bekommen wie beispielsweise Schüler*innen, Azubis und Studierende.

139 Kommunalpolitisches Engagement erleichtern

140 Tausende Menschen übernehmen in NRW ehrenamtlich Verantwortung in der
141 Kommunalpolitik. Wir machen die kommunalen politischen Gremien fit für die

142 Digitalisierung. Dafür erweitern wir die Gemeindeordnung so, dass sie
143 demokratische Teilhabe digital möglich macht. Wir werden mit den Kommunen
144 sicherstellen, dass alle gewählten Vertreter*innen die technischen Möglichkeiten
145 haben, an digitalen Sitzungen teilzunehmen. Das umfasst Hardware, Software und
146 Schulungen.

147 Berufstätige und Menschen mit Verantwortung für Kinder oder Angehörige, die
148 gepflegt werden müssen, werden von dem derzeitigen hohen zeitlichen Mehraufwand
149 abgeschreckt. Dabei ist es begrüßenswert, wenn mehr Menschen mit
150 unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen in der Kommunalpolitik
151 mitmischen. Mehr Personalmittel für hauptamtliche Unterstützung für die
152 Fraktionen in kommunalen Gremien entlasten die Mandatsträger*innen.

153 Wir machen den Staat effektiv, transparent und bürgernah

154 Für einen attraktiven öffentlichen Dienst der Zukunft

155 Ob in Schulen, bei der Polizei, in Gerichten oder im Gesundheitsamt – gut
156 ausgebildete und motivierte Mitarbeitende sind das Fundament eines Staates, der
157 funktioniert und handlungsfähig bleibt. Doch dieses Fundament hält nicht von
158 allein. Wir müssen handeln um es zu für die Zukunft stärken. Derzeit sind ca.
159 20.000 Stellen in der Landesverwaltung unbesetzt. Unsere Behörden bestehen den
160 harten Wettbewerb um die besten Köpfe nur, wenn die Arbeit im öffentlichen
161 Dienst attraktiver wird. Gemeinsam mit den Interessensvertretungen für die
162 Beschäftigten und den Gewerkschaften werden wir deshalb einen neuen Rahmen für
163 einen modernen öffentlichen Dienst mit attraktiven Arbeitsbedingungen schaffen.
164 Den Kern bildet ein Lebensarbeitszeitkonto, mit dessen Hilfe Beschäftigte eine
165 flexible wöchentliche Arbeitszeit erhalten, um damit frühere Pensionierungen
166 oder Auszeiten zu schaffen. Wir werden auch die Voraussetzungen und
167 Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten überprüfen und anpassen, damit der
168 öffentliche Dienst auf der Höhe der Zeit bleibt. Nicht zuletzt werden wir die
169 Gleichstellung im öffentlichen Dienst vorantreiben. Denn in unseren Behörden
170 gibt es noch viel zu tun um die „gläserne Decke“ für Frauen zu überwinden und
171 ihnen gleichberechtigte Aufstiegschancen zu garantieren. Dafür werden wir die
172 Instrumente für eine gleichberechtigte Personalentwicklung nutzen und ausbauen.

173 Ein Staat, der funktioniert

174 In unseren Behörden geben tagtäglich gut ausgebildete Fachleute ihr Bestes für
175 unser Gemeinwesen. Und trotzdem ist der Kontakt zur Verwaltung für viele
176 Bürger*innen und Unternehmen umständlich. Das liegt oft an veralteter Technik
177 und überholten Strukturen und Abläufen. Wir investieren in den
178 bürgerfreundlichen, effektiven Staat mit einfacheren, grundsätzlich digitalen
179 Verfahren. Aber auch der direkte Kontakt und Vor-Ort-Termine bei den Behörden
180 bleiben für viele Menschen wichtig und müssen deshalb weiterhin möglich sein.
181 Nur mit einer zukunftsfähig aufgestellten Verwaltung kann der Staat die vielen
182 an ihn gerichteten Ansprüche und Aufgaben erledigen. Damit überall digital
183 gearbeitet wird, weiten wir das E-Government-Gesetz vollständig auf die Kommunen
184 aus. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Implementierung digitaler
185 Verfahren und der entsprechenden Software, damit kein Flickenteppich entsteht,
186 in dem jede Kommune ihre eigene Lösung entwickelt. Und wir nutzen
187 die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe, um gleichzeitig moderne Arbeitsweisen
188 einzuführen. Die Verwaltung der Zukunft arbeitet vernetzt und in Teams, mit
189 großer Transparenz nach innen, flexibel und mit flachen Hierarchien. Diese

190 Vision werden wir in ausgewählten Pilot-Behörden mit Ansätzen von „New Work“ und
191 agilen Methoden ausprobieren.

192 Der lernende Staat: gewappnet für die nächste Krise
193 Unser Land befindet sich seit einigen Jahren im Krisenmodus: Zuerst die
194 anhaltende Hitzewelle, dann die Pandemie und schließlich im Sommer 2021 das
195 verheerende Hochwasser: das alles beeinträchtigte und beeinträchtigt noch immer
196 unser aller Leben. Die Krisen decken aber auch schonungslos auf, wo Politik und
197 Verwaltung Nachholbedarf haben. Wir wollen aus ihnen lernen, damit unsere
198 Gesellschaft krisenfester wird. Denn die Herausforderungen werden angesichts der
199 Klimakrise in Zukunft nicht kleiner, sondern größer. Wir versetzen Politik und
200 Verwaltung in die Lage, vorausschauend und planvoll zu handeln. Wir machen
201 Vorsorge zu unserem Leitprinzip. In Nordrhein-Westfalen kommt der
202 Landesregierung dabei eine Schlüsselrolle zu. Wir brauchen eine bessere Kultur
203 der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches zwischen den einzelnen
204 Behörden und Ebenen. Zur vorausschauenden Politik gehören Katastrophenpläne für
205 den Ernstfall und mehr Investitionen in Forschung. Wer gut vorbereitet ist, kann
206 planvoll handeln und Schaden abwenden. Deshalb gilt für uns: Eine wichtige
207 Grundlage für unsere Politik legen Wissenschaft und Forschung, sei es beim Klima
208 oder in Pandemien.

209 Transparenzoffensive starten, Korruption bekämpfen
210 Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein Recht darauf zu wissen, wer sich
211 in welcher Weise an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Dafür führen wir ein
212 verbindliches und öffent-liches Lobbyregister für die Landesregierung und den
213 Landtag sowie einen umfassenden “legislativen Fußabdruck” ein. Dieser macht
214 transparent, welche Organisationen und Lobbyinteressen Einfluss auf die
215 Erarbeitung eines Gesetzes genommen haben. Das Abstimmungsverhalten der
216 Landesregierung im Bundesrat machen wir transparenter und setzen uns dafür ein,
217 dass dies für den ganzen Bundesrat leicht nachvollziehbar wird.
218 Nicht allein durch die Maskenskandale der Union ist offensichtlich geworden, wie
219 schnell Glaubwürdigkeit verloren geht und wie stark dieser Vertrauensverlust dem
220 Parlamentarismus zusetzt. Wir wollen daher das Abgeordnetengesetz überarbeiten,
221 sodass Parlamentarier*innen ihre Nebeneinkünfte ab dem ersten Euro angeben
222 müssen und ihnen bezahlte Arbeit für Lobbyorganisationen verboten ist. Die
223 Abkühlzeit für Mitglieder der Landesregierung vor einem Wechsel in Lobbyismus
224 verlängern wir auf die Dauer des Bezugs vom Übergangsgeld, längstens auf 24
225 Monate.
226 Wir setzen uns für den wirksamen Schutz von Whistleblower*innenein. Sie schützen
227 die Beachtung der Rechtsordnung und damit das Funktionieren des demokratischen
228 Systems. Whistleblower*innen brauchen Schutzklauseln im Dienstrecht, damit sie
229 ohne Repressionen auf Missstände hinweisen können. Hierfür schaffen wir eine
230 unabhängige Prüfstelle und setzen uns für einen Fonds zur finanziellen
231 Unterstützung von Whistleblower*innen ein.
232 Korruption, Steuerhinterziehung und Geldwäsche sind Rechtsverstöße mit
233 verheerenden Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt, für Umwelt und
234 Menschen. Wir gestalten die öffentliche Beschaffung transparenter und schaffen
235 Vorkehrungen gegen Interessenskonflikte. Wir wollen die Angebote zur
236 Korruptionsprävention der öffentlichen Verwaltung ausbauen und unterstützen die
237 Einrichtung von Ombudsstellen.

238 Sichere öffentliche IT -Offene und verfügbare Daten und Software
239 Wir vertrauen der öffentlichen IT viel an. Ob Schüler*innendaten, Stromnetze

240 oder Krankenversorgung – ohne IT läuft nichts in unserer Gesellschaft. Jede
241 Sicherheitslücke kann fatale Folgen haben. Deshalb sichern wir höchste Standards
242 für IT-Sicherheit und Datenschutz bei Behörden des Landes und den Kommunen
243 gesetzlich ab. Deutlich mehr Behörden sollten außerdem den IT-Grundschutz des
244 Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik umsetzen. Wir fördern die
245 gemeinsame Forschung von Hochschulen, Unternehmen sowie Unternehmensgründungen
246 im Bereich IT-Sicherheit.
247 Auf öffentlich zugängliche Informationen zugreifen zu können, ist Grundlage
248 unseres demokratischen Staatsverständnisses. Land und Kommunen sammeln und
249 erstellen mit großem Aufwand riesige Datenmengen. Und die können sehr nützlich
250 sein, etwa für Medien, Bürger*inneninitiativen, die Wissenschaft oder auch
251 innovative Unternehmen. Wir ermöglichen mehr Teilhabe am “Datenschatz” in Form
252 von nicht personenbezogenen Daten. Was der Staat finanziert, muss auch allen
253 zugänglich sein. Wir schreiben in einem Informationszugangsgesetz fest, dass
254 staatliche Stellen ihre Informationen proaktiv maschinenlesbar und unter
255 Berücksichtigung der Open Data-Kriterien veröffentlichen. Mit uns werden Open
256 Data, Open Source und Open Access zum Standard für alle öffentlichen Stellen vom
257 Ministerium bis in die letzte Amtsstube.

258 Wir begreifen Vielfalt als Stärke

259 Zusammen unsere Einwanderungsgesellschaft gestalten
260 NRW ist der Inbegriff von Vielfalt. In unserem Bundesland leben 18 Mio.
261 Menschen, mehr als fünf Millionen von ihnen haben eine Einwanderungsgeschichte.
262 Damit verfügt unser Bundesland über eine Einwanderungsgeschichte, die es über
263 Jahrhunderte hinweg zu dem gemacht hat, was es ist. Die verschiedenen Etappen,
264 in denen Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern unser Bundesland mit
265 verschiedensten kulturellen Einflüssen geprägt und bereichert haben, sind Teil
266 unserer Identität und müssen lebendig gehalten werden. Das Dokumentationszentrum
267 und Museum über die Migration in Deutschland (DoMiD e.V.) leistet dafür einen
268 wichtigen Beitrag, was wir auch in Zukunft unterstützen werden.
269 Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben
270 Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb die
271 Mehrsprachigkeit in unserer Gesellschaft stärken, internationale
272 Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und Vertretungen von Menschen
273 mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und einbeziehen. Ihre angemessene
274 Repräsentation insbesondere in öffentlichen Institutionen ist eine Aufgabe, die
275 wir mit Nachdruck vorantreiben werden.
276 Wir sehen NRW auch in der Verantwortung, erinnerungskulturelle Angebote noch
277 breiter zu fassen und auch die deutsche Kolonialgeschichte und ihre Folgen
278 systematisch aufzuarbeiten. Hierzu wollen wir ein Konzept entwickeln, das sowohl
279 die historische Aufarbeitung der Verantwortung in NRW als auch eine
280 Auseinandersetzung mit dem Thema in Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie in
281 Stadt-Quartieren umfasst.

282 Gemeinsam gegen Diskriminierung: Antidiskriminierungsgesetz einführen und
283 Antidiskriminierungsarbeitsausweiten
284 Jeder Mensch ist anders, das macht unser Zusammenleben interessant und
285 dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit
286 Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land
287 sind aber immer noch nichtgleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen

288 ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres
289 Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer
290 sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder
291 in der Freizeit. Benachteiligungen gibt es auch in vielen anderen alltäglichen
292 Lebensbereichen, wie in der Schule oder bei Behördengängen. Diskriminierung in
293 Institutionen und Behörden findet dabei nicht unbedingt als absichtsvolle
294 Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern hier spiegeln sich noch immer
295 Stereotype und Vorurteile –bewusst oder unbewusst –wider. Diesen strukturellen
296 Benachteiligungen werden wir mit mehreren Maßnahmen entgegenwirken.
297 Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, Diskriminierungen in den
298 Zuständigkeitsbereichen des Landes –wie etwa der Schule oder der Polizei –zu
299 melden und gegen diese auch rechtlich vorzugehen. Die Möglichkeit für
300 Betroffene, sich effektiv gegen erlebte Diskriminierung zu wehren, werden wir
301 mit einer Landesantidiskriminierungsstelle und einem
302 Landesantidiskriminierungsgesetz ausbauen. Indem wir ein Verbandsklagerecht
303 einführen, können sich Betroffene auf Wunsch auch von ihren Verbänden vertreten
304 lassen.

305 Gleichzeitig braucht es ein engmaschiges und niedrighschwelliges Unterstützungs-
306 und Beratungsnetz. Die bisherigen Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit
307 wollen wir deshalb flächendeckend ausbauen. Eine
308 Landesantidiskriminierungsstelle vertritt diese Servicestellen aufLandesebene
309 und schafft innovative Wege, um die Bevölkerung über Diskriminierungsformen
310 aufzuklären. Mit eigenen Studien soll die Landesantidiskriminierungsstelle
311 Diskriminierung und strukturelle Benachteiligungen offenlegen und gleichzeitig
312 Handlungsempfehlungen für die Antidiskriminierungspolitik in NRW erarbeiten.

313 Behörden der Zukunft: Partner der Vielfalt

314 Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen
315 Gesellschaft sein. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige
316 Ansprechpartner*innen für Anliegen und Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass
317 oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte für Jede*n gleichermaßen
318 zugänglich, verbindlich und verständlich sein.

319 Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW
320 bereits leben und die uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort
321 zu verankern. Darin unterstützen wir unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher
322 intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene
323 Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität
324 und Antidiskriminierung beinhalten. Mehrsprachigkeit in Behörden, bei der
325 Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt online,
326 telefonisch oder persönlicherfolgt. Unser Ziel ist, dass öffentliche
327 Einrichtungen die soziale und kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden.
328 Dafür entwickeln wir verbindliche und messbare Zielvorgaben in den Behörden.
329 Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie in den
330 Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können.

331 Barrierefrei leben–Teilhabe ohne Schranken

332 Jeder Mensch hat eigene Wünsche und Träume. Sie können sich auf die Berufswahl
333 beziehen, auf Freizeitaktivitäten oder eine bestimmte Wohnform, in der man leben
334 möchte. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen
335 in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein. Die UN-
336 Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine
337 gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung wollen wir konsequent voranbringen.

338 Zum Beispiel sollen Menschen, die im Rollstuhl in der Stadt unterwegs sind, ohne
339 große Umwege und ohne fremde Hilfe ihr Ziel erreichen. Kinder und Jugendliche,
340 egal ob mit oder ohne Behinderung, sollen den Beruf erlernen können, für den sie
341 sich interessieren. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum Beispiel ein
342 politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein mitzuwirken, soll
343 allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt erinnern wir Unternehmen und
344 Ausbildungsbetriebe an ihre Pflicht, Menschen mit Behinderung einzustellen und
345 überzeugen sie von den Vorteilen. Wir planen Barrierefreiheit durch Änderungen
346 im Bauwesen von Beginn an ein, wenn Schulen oder Wohnungen gebaut werden.
347 Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in leichter
348 Sprache, in Gebärdensprache oder in Blindenschrift. Wir fördern die
349 organisierten Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderung und finden
350 gemeinsam mit ihnen Lösungen für die Bereiche, die noch nicht für alle
351 auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

352 Lernen für religiöse Vielfalt und Toleranz
353 Ob und was Schüler*innen in NRW glauben, wird immer vielfältiger. Deshalb ist es
354 wichtig, dass jede*r Schüler*in von der ersten Klasse an wirklich die freie Wahl
355 hat, am konfessionellen Religionsunterricht oder an einem altersgemäßen
356 Philosophieunterricht teilzunehmen. Hemmnisse für den seit 2015 möglichen Umbau
357 von Bekenntnisschulen in bekenntnisfreie Grundschulen werden wir abbauen. Wir
358 unterstützen den islamischen Religionsunterricht auf Grundlage unserer
359 Verfassung. Er leistet einen wichtigen Beitrag für die Gleichberechtigung und
360 Integration muslimischen Lebens. Dafür wird eine entsprechende akademische
361 Ausbildung des Lehrpersonals in Deutschland, in unserem Fall in NRW, benötigt.
362 Wir wollen die Stimmen liberaler Muslime in der Kommission für islamischen
363 Religionsunterricht stärken. Aus anderen Staaten gesteuerte Verbände gehören
364 nicht in die Kommission. Mittelfristig wollen wir den Religionsunterricht im
365 Diskurs mit den Religionsgemeinschaften – auf Basis des Grundgesetzes, in dem
366 dieses Fach verankert ist – zu einem gemeinsamen konfessionellen Unterricht
367 weiterentwickeln, der auch den islamischen Religionsunterricht mit einbezieht.
368 Dieser Unterricht verbindet und bietet Orientierung und Verständigung in
369 unserer vielfältigen Gesellschaft.

370 Das Recht auf Religionsfreiheit schützen
371 Religion ist für viele Menschen in NRW ein wichtiger Bestandteil ihres Alltags
372 und prägender Teil der eigenen Identität und der Deutung der Welt. Die Freiheit,
373 den eigenen Glauben zu leben, ist ein Menschenrecht ebenso wie das Recht, keine
374 Weltanschauung oder Religion auszuüben. Der Staat muss diese Rechte
375 gewährleisten und schützen. Religionsgemeinschaften sind wichtiger Teil unserer
376 Zivilgesellschaft. In ihnen engagieren sich viele Menschen für die Gemeinschaft,
377 sie sind Räume für Engagement und prägen und bieten Heimat. Voraussetzung für
378 einen positiven Beitrag zur demokratischen Gesellschaft ist, dass
379 Religionsgemeinschaften die Grundprinzipien der Verfassung achten, sich dem
380 öffentlichen Diskurs stellen und nicht fundamentalistisch agieren. Das gilt
381 insbesondere dann, wenn sie mit dem Staat kooperieren. Islamische Gemeinschaften
382 können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die
383 rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen, denn muslimisches Leben gehört zu
384 NRW. Die vier großen muslimischen Verbände erfüllen diese Voraussetzungen aber
385 derzeit nicht. Wir unterstützen die Imam-Ausbildung in NRW und werden
386 muslimisches Engagement fördern. Jüdinnen und Juden sind ein Teil unserer
387 vielfältigen Gesellschaft. Gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden und

388 Institutionen wollen wir die Vielfalt jüdischen Lebens noch sichtbarermachen und
389 Begegnung und Austausch ermöglichen. Antisemitismus in all seinen Facetten
390 werden wir uns konsequent entgegenstellen.

391 Verhältnis von Staat und Kirche weiterentwickeln

392 Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für
393 Menschenrechte, die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine
394 gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen
395 –etwa im Bereich Bildung oder Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung
396 wollen wir erhalten und wo nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst
397 grundsätzlich weltanschaulich neutral handeln. So plädieren wir für eine Novelle
398 des Feiertagsgesetzes, die an „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle
399 Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen begrenzt. Außerdem wollen wir, dass
400 Angehörigen religiöser Minderheiten ein individueller Feiertag ermöglicht wird
401 –sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen,
402 die Kirchnaustrittsgebühr abzuschaffen und im Dialog mit den Kirchen dem
403 Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen
404 Staatsleistungen abzulösen.

405 **Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung**

406 Die Hälfte der Macht den Frauen

407 Es ist Zeit für eine feministische Regierung und Politik in NRW, mit der wir uns
408 alle gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Frauen verdienen die
409 Hälfte der Macht –im Landtag und in den Gemeinderäten genauso wie in
410 Schlüsselstellen der Verwaltung. Gremien besetzen wir deshalb grundsätzlich
411 mindestens zur Hälfte mit Frauen. Mit einem Paritätsgesetz sorgen wir dafür,
412 dass zur Wahl des Landtags 2027 auch in den anderen Parteien deutlich mehr
413 Frauen auf den Landeslisten und in den Direktwahlkreisen zur Wahl stehen.
414 Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, denn sie berührt alle politischen
415 und gesellschaftlichen Bereiche: die Stadtplanung genauso wie die Planung von
416 Kitas und Ganztagsbetreuung, die Wirtschaftsförderung oder die Unterstützung
417 lokaler Projekte und Initiativen. Wir sorgen dafür, dass die Interessen und
418 Bedarfe von Frauen und Mädchen bei allen politischen Entscheidungen
419 berücksichtigt werden.

420 Das Land und die Kommunen bewegen Gelder in Milliardenhöhe, planen Straßen,
421 unterstützen Unternehmen und investieren viel Geld in die kommunale
422 Infrastruktur. Haushaltspolitik ist aber nicht geschlechterblind.

423 Finanzentscheidungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer.
424 Wir stärken eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik durch die konsequente
425 Umsetzung eines Gender-Budgeting-Ansatzes und stellen sicher, dass öffentliche
426 Investitionen und Ausgaben den Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Für die
427 echte Chancengleichheit von Frauen und Männern benötigen wir Forschung zum Thema
428 Geschlechtergerechtigkeit. Wir möchten daher den Wissenschaftsbereich der Gender
429 Studies fördern und ausbauen, um große Erkenntnislücken endlich zu schließen und
430 wissenschaftlich fundiert Politik zu machen.

431 Frauen verdienen –Wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken

432 Unser Ziel: Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn, sind
433 wirtschaftlich unabhängig und im Alter gut abgesichert. Was selbstverständlich
434 klingt, muss endlich Realität werden! Wir setzen uns ein für eine gerechte
435 Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in systemrelevanten Care-Berufen wie

436 Pflege und Erziehung, die zu über 70 Prozent von Frauen ausgeübt werden. Und wir
437 nutzen die Möglichkeiten der Landespolitik, um die wirtschaftliche Situation von
438 Frauen zu verbessern und Beruf und Familie besser „unter einen Hut“ zu bekommen.
439 Grundlage dafür ist der Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege, Kita
440 und Ganztagsbetreuung in der Grundschule. In einem Modellprojekt helfen wir
441 berufstätigen Eltern, insbesondere einkommensschwachen und Alleinerziehenden,
442 Unterstützung durch Reinigungskräfte und Kinderbetreuung zu buchen – fair
443 bezahlt, versichert und sozial abgesichert. Damit schaffen wir gleichzeitig
444 Perspektiven jenseits von Schwarzarbeit oder ausbeuterischen
445 Arbeitsverhältnissen im haushaltsnahen Dienstleistungssektor.

446 Queeres Leben in NRW –selbstbestimmt und diskriminierungsfrei
447 Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle,
448 Trans*, Inter*-und queere Menschen (LSBTIQ*) in NRW selbstbestimmt, ohne
449 Ausgrenzung und Angst leben können. Vielfalt ist gelebter Alltag in unserem Land
450 und die vielen CSDs und Pride Demonstrationen haben längst einen festen Platz in
451 unserer Gesellschaft. Trotzdem gehören Ausgrenzung und Diskriminierung für viele
452 queere Menschen zu ihren alltäglichen Erfahrungen. Deshalb werden wir
453 Betroffenen und Verbänden das Recht geben, rechtlich gegen Diskriminierung
454 vorzugehen. Das schreiben wir in einem Landesantidiskriminierungsgesetz fest.
455 Wir stärken queeres Leben und die Vielfalt unserer Zivilgesellschaft, indem wir
456 den „Aktionsplan für queeres Leben“ weiterentwickeln. Er sorgt für
457 Gleichstellung durch Aufklärung, Bildung und Schutz. Wir bauen das Angebot von
458 Beratung, Koordination, Kinder-und Jugendarbeit und Selbsthilfegruppen aus und
459 stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir Angebote
460 schaffen und bestehende finanziell absichern. Außerdem legen wir ein wirksames
461 Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören fachlich
462 qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*, die Opfer von
463 Hasskriminalität und Gewalt geworden sind.

464 Sexarbeiter*innen verdienen unsere Unterstützung
465 Wir trennen klar zwischen Sexarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung.
466 Letzterer ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit allen Mitteln bekämpfen.
467 Sexarbeiter*innen brauchen, wie andere Berufstätige auch, sichere
468 Arbeitsbedingungen sowie eine Kranken- und Sozialversicherung. Wir sichern
469 spezialisierte Beratungsstellen, insbesondere im ländlichen Raum, die
470 Sexarbeiter*innen beraten, unterstützen und bei Bedarf auch Hilfe beim Ausstieg
471 aus der Sexarbeit leisten. Wir stärken die rechtliche und soziale Lage von in
472 der Sexarbeit tätigen und wirken Diskriminierung und Stigmatisierung entgegen.
473 Das geht am besten, wenn wir mit den Betroffenen im Austausch stehen und ihre
474 Lebensrealität genau kennen. Wir werden den Runden Tisch Prostitution wieder ins
475 Leben rufen.

476 Wir schützen Menschenrechte: Humanitär und fair für
477 Geflüchtete

478 NRW wird sicherer Hafen: Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete
479 Wir wollen jenen Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg fliehen
480 müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen
481 Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch
482 immer ertrinken jedes Jahr viel zu viele Menschen auf der Flucht im Mittelmeer.
483 Die europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die

484 Festung Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und
485 verschiedene Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das
486 Engagement von zivilen Seenotretter*innen. Sie springen dort ein und retten
487 Menschenleben, wo die Institutionen der Europäischen Union versagen. Wir stehen
488 an der Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen
489 Sicheren Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese
490 Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, wie
491 etwa für aus Seenot Gerettete, unterstützen. So soll das Land in Zusammenarbeit
492 mit den Kommunen die Möglichkeit erhalten, Menschen auf der Flucht bei uns
493 Schutz zu bieten. Zudem wollen wir erreichen, dass sich NRW mit einem
494 Sonderprogramm an der Aufnahme jesidischer Frauen aus dem Nordirak beteiligt.

495 Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten: dezentral, kommunal und humanitär
496 Wir brauchen klare Maßstäbe für die Unterbringung und Versorgung von
497 Geflüchteten hier in NRW. Die individuellen Bedürfnisse, Wünsche und
498 Möglichkeiten von Kindern, Familien oder chronisch Kranken müssen wir dabei
499 stets im Blick behalten. Lange Aufenthaltszeiten in Landesunterkünften lehnen
500 wir ab. Wir müssen weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen hin zu
501 dezentralen und kleineren Wohneinheiten. Denn gerade in den ersten Wochen
502 brauchen Menschen mit einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in
503 geschützten Räumen, wo sie ankommen und sich sicher fühlen können.
504 Ehrenamtliche, die freie Wohlfahrtspflege und andere zivile Akteure leisten bei
505 der Beratung und Betreuung der Geflüchteten einen unerlässlichen Beitrag, den
506 wir hoch schätzen und weiterhin stärken wollen. Ebenso ist eine umfassende
507 Gesundheitsversorgung zentral. Auch hier wollen wir neue Standards setzen, die
508 helfen, Erkrankungen frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu behandeln.
509 Geflüchteten Kindern, die in den Landesunterkünften untergebracht sind, werden
510 wir den Zugang zum Unterricht in Regelschulen ermöglichen.
511 Eine qualitativ hochwertige Flüchtlings- und Integrationspolitik gelingt nur im
512 Schulterschluss mit den Kommunen. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen,
513 gemeinsam verbindliche Standards für Flüchtlingsunterkünfte zu entwickeln, die
514 die individuellen Schutzbedürfnisse der Betroffenen beachten. Um die Kommunen
515 hier zu unterstützen, erhöhen wir die Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz,
516 die keine Unterscheidung zwischen Asylbewerber*innen und Geduldeten macht.

517 Integration von Anfang an ermöglichen und sichere Bleibeperspektiven schaffen
518 Wir wollen Integrations-, Teilhabeangebote und Sprachkurse von Anfang an für
519 alle Geflüchteten ermöglichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Sie schaffen
520 für die Ankommenden die Basis für ein eigenständiges Leben in unserer
521 Gesellschaft. Damit auch Frauen mit Kindern die Kurse belegen und erfolgreich
522 abschließen können, bauen wir begleitende Kinderbetreuungsangebote aus. Als
523 wichtige Partner wollen wir die kommunalen und zentralen Ausländerbehörden
524 stärker in Integrationsprozesse einbinden. Diese neuen „Willkommensbehörden“
525 sollen Migrant*innen, insbesondere Geflüchtete, bei ihrem Weg zu mehr
526 gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeitsmarktintegration begleiten und fördern
527 und ebenso die Spielräume für Bleibeperspektiven für Geduldete weitreichend
528 nutzen. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt
529 bleiben und besonders zu schützende Personengruppen wie Sinti*innen und Rom*innen
530 wegen Gewalt gefährdete Frauen vor einer Abschiebung in Unrechtsregime und
531 Kriegsregionen bewahrt werden. Asylverfahren müssen zügiger bearbeitet werden,
532 aber gleichzeitig immer fair, individuelle Bedürfnisse berücksichtigen und
533 transparent sein. Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das

534 letzte Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, mildere Mittel zur Abschiebehaft
535 als Alternative auszuschöpfen und wollen garantieren, dass die Rechte der
536 Betroffenen geachtet werden. Denn die Inhaftierung von Menschen, die sich nichts
537 haben zuschulden kommen lassen, stellt eine massive Einschränkung ihrer Rechte
538 dar. Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer, wie aktuell Afghanistan und
539 Syrien, lehnen wir grundsätzlich ab.

540 Wir stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat

541 Justiz modernisieren und entlasten

542 Unsere Gerichte kämpfen schon jetzt mit dem Fachkräftemangel. In den nächsten
543 Jahren werden überdurchschnittlich viele Richter*innen und Staatsanwält*innen in
544 Pension gehen. Darauf müssen wir frühzeitig reagieren. Deshalb benötigen wir
545 moderne, flexiblere und familienfreundlichere Strukturen, die insbesondere für
546 Frauen die Tätigkeit in der Justiz attraktiver machen. Momentan ist die Justiz
547 mit zu vielen Aufgaben betraut. Dadurch dauern Verfahren viel zu lang. Um die
548 Strafverfolgung effektiver zu machen, werden wir die Justiz neben einer
549 Personalaufstockung von einigen Aufgaben entlasten. Wir werden die gesetzlichen
550 Bestimmungen dafür schaffen, dass in Nordrhein-Westfalen niemand wegen
551 Bagatelldelikten zu einer Haftstrafe verurteilt wird. Hierzu werden wir
552 Vereinbarungen mit den Verkehrsverbänden abschließen, um ticketloses Fahren als
553 nicht anzuzeigenden Vertragskonflikt einzustufen. Zudem wollen wir die NRW-
554 Richtlinien zum Besitz und Konsum von Cannabis anpassen und den Grenzwert auf 15
555 Gramm anheben. Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir weitgehend abschaffen und durch
556 ein System der Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Auch den
557 Jugendarrest, insbesondere den Freizeit-arrest, wollen wir auf den Prüfstand
558 stellen. Sie sind als Mittel der Abschreckung wie auch der Erziehung ungeeignet.
559 Wir halten individuelle Angebote für sinnvoller. Besonders der so genannte
560 Warnschussarrest widerspricht dem wichtigen Strafrechtsgrundsatz der
561 Verhältnismäßigkeit.

562 Unfaire Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit ersetzen

563 Wir wollen Ersatzfreiheitsstrafen weitgehend abschaffen und durch ein System der
564 Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Ein wichtiges Prinzip des
565 Rechtsstaates ist es, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und Strafen
566 ohne Ansehen der Person von unabhängigen Gerichten verhängt werden. Das ist
567 derzeit nicht uneingeschränkt gewährleistet, da verhängte Geldstrafen von
568 Menschen mit entsprechendem wirtschaftlichem Hintergrund leicht aus der
569 Portokasse bezahlt werden können, arme Menschen hingegen in manchen Fällen
570 ersatzweise ins Gefängnis müssen. Das ist nicht nur ungerecht und bestraft
571 Vermögenslose doppelt, es erzielt auch nicht den erhofften abschreckenden Effekt
572 bei Vermögenden. Die Abgeltung von (Geld-)Strafen durch gemeinnützige Arbeit
573 gibt der Gesellschaft etwas zurück und dürfte einen stärkeren
574 selbstreflektierenden Effekt haben.

575 Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Haftanstalten

576 Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit Straftätern
577 umgeht. Und auch diejenigen, die mit Inhaftierten arbeiten, haben gute
578 Arbeitsbedingungen verdient. Wir streben eine Verbesserung des
579 Personalschlüssels an und wollen den Berufsweg im Justizvollzugsdienst insgesamt
580 attraktiver gestalten. Denn die Beschäftigten in den Haftanstalten kämpfen mit
581 einer sehr hohen Arbeitsbelastung und Überstunden-Kontingenten. Das führt zu

582 einem erhöhten Krankenstand und Einschränkungen für die Gefangenen (weniger
583 Unterricht, Sportangebote, Therapieplätze, Arztbesuche usw.). Einen Schwerpunkt
584 bei zusätzlich geschaffenen Stellen sollten die Fachdienste im psychologischen,
585 pädagogischen, seelsorgerischen und medizinischen Bereich bilden. Laut Gesetz
586 haben Inhaftierte Anspruch auf eine humane Unterbringung. Der jetzige, oft
587 baufällige Zustand einiger Haftanstalten darf deshalb kein Dauerzustand bleiben.
588 Zudem birgt Sicherheitsrisiken, wie zum Beispiel mangelnden Brandschutz. Eine
589 Modernisierungsoffensive bietet dabei auch Chancen für eine menschenwürdige
590 Neukonzeption von Haftanstalten in baulicher und architektonischer Hinsicht.
591 Damit werden Möglichkeiten geschaffen, Vollzugspläne bzw. -ziele
592 erfolgversprechender umzusetzen und auch den Bediensteten den Arbeitsalltag zu
593 erleichtern.

594 Einfach an dein Recht kommen

595 Jeder Mensch in NRW muss einfach an sein Recht kommen. Wir wollen, dass
596 Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse
597 nicht aus eigenen Mitteln den Rechtsweg beschreiten können, noch besser proaktiv
598 über ihre Rechte und Möglichkeiten zu Beratungs-, Verfahrens- und
599 Prozesskostenhilfe in einfacher und verständlicher Sprache aufgeklärt werden.
600 Wir werden mit konkreten Projekten das Vertrauen in unseren Rechtsstaat stärken.
601 So wird unter anderem nach dem Berliner Vorbild das Projekt „Wir im Rechtsstaat“
602 auch in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Hier geben Richter*innen und
603 Staatsanwält*innen halbtägige Kurse, in denen Bürger*innen über ihre Rechte und
604 Pflichten im deutschen Rechtsstaat aufgeklärt werden. Die Kurse werden z.B. in
605 Vereinen, Flüchtlingsunterkünften oder Schulen stattfinden.
606 Jede*r Bürger*in hat in Nordrhein-Westfalen das Recht auf ein faires Verfahren.
607 Das ist in unserem Rechtsstaat eine zentrale Botschaft, auf die Verlass sein
608 muss. Vorurteile und Pauschalisierungen sind bestehende Hindernisse, die diesem
609 Recht entgegensteht. Mit Aktionstagen und Fortbildungen sensibilisieren wir alle
610 Mitarbeitenden in der Justiz für Vielfaltsthemen wie Migration, Religion,
611 Behinderung, Gender und LSBTQI*, um individuelle und strukturelle Barrieren
612 abzubauen und um zukünftig untereinander und im Umgang mit Bürger*innen
613 möglichst diskriminierungsfrei zu agieren.

614 Starkes Recht gegen Hass und Hetze

615 Das Internet und Soziale Medien nehmen immer mehr Platz im gesellschaftlichen
616 Leben ein. Neben vielen Erleichterungen und neuen Möglichkeiten sich zu
617 vernetzen sind dort auch Räume für verachtende, beleidigende, rassistische und
618 diskriminierende Kommentare und Handlungen entstanden. Diese „Hate Speech“ kann
619 für die direkt Betroffenen auch in der analogen Welt zur echten Gefahr werden.
620 Zudem ist „Hate Speech“ schädlich für die demokratische Debattenkultur, da
621 rechtsextreme Akteure immer wieder versuchen, demokratische Positionen, die für
622 Vielfalt und Minderheitenrechte einstehen, zum Verstummen zu bringen. Zur
623 Bekämpfung von Hassrede und Gewalt im Netz sind eine effektive Strafverfolgung,
624 eine zwischen Bund und Land gut verzahnte Meldestruktur, eine personell gut
625 ausgestattete Beratungsstruktur sowie Öffentlichkeitskampagnen notwendig, die
626 sich Hass und Hetze entgegenstellen. Wir werden außerdem die Zentral- und
627 Ansprechstelle „Cybercrime“ auf den Bereich der „Hate-Speech“ erweitern und so
628 eine zentrale und kompetente Strafverfolgungsbehörde gegen „Hate-Speech“
629 aufbauen.

630 Wir sichern den Schutz vor Gewalt

631 Kinder besser schützen

632 Nicht erst seit den furchtbaren Fällen von Kindesmissbräuchen in Lügde, Münster
633 und Bergisch-Gladbach wissen wir: Beim Schutz von Kindern vor sexualisierter
634 Gewalt – im persönlichen Umfeld und im Internet – sowie anderen Formen der
635 Kindeswohlgefährdung, bleibt weiter viel zu tun. Der Untersuchungsausschuss zu
636 den Fällen sexualisierter Gewalt in Lügde hat gravierende Mängel in der
637 staatlichen Struktur zum Schutz von Kindern aufgedeckt. Diese vielschichtigen
638 Mängel wollen wir mit großem Nachdruck beseitigen. Gemeinsam mit den Kommunen
639 und den Landesjugendämtern werden wir dafür sorgen, dass überall in NRW die
640 gleichen fachlichen und personellen Standards in der Jugendhilfe gelten. Wir
641 stärken die Netzwerke des Kinderschutzes vor Ort. Alle am Kinderschutz
642 Beteiligten aus Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Bildungs- und Gesundheitswesen
643 arbeiten in Zukunft in verlässlichen und dauerhaften Netzwerken zusammen. Die
644 Koordination dieses Netzwerkes in der Kommune finanziert das Land.
645 Wir richten die Stelle eines*iner unabhängigen Landesbeauftragten für die
646 Belange des Kinderschutzes und der Kinderrechte ein. Wir stärken kindgerechte
647 Verfahren in Justiz und Polizei sowie die Fortbildung von Richter*innen und
648 Staatsanwält*innen und in der Polizei. Dort sollen auch Kompetenzen bei
649 kindgerechten Vernehmungen gestärkt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass den
650 Betroffenen bei der Polizei kompetente Partner*innen zur Seite stehen.

651 Gewalt gegen Frauen und genderqueere Personen entschieden bekämpfen
652 Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung
653 und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende
654 System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und
655 Interventionsstellen. Die Frauenhilfestrukturen werden wir durch langfristige
656 Finanzierungszusagen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und
657 Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot
658 barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von
659 häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen.
660 Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung
661 schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes
662 Personal gewährleistet wird.

663 Wir entwickeln das Hilfesystem so weiter, dass Opfer von geschlechtsspezifischer
664 Gewalt die Unterstützung erfahren, die sie brauchen. Dazu werden wir modellhaft
665 Clearingstellen erproben, die allen Frauen rund um die Uhr offenstehen und sie
666 dabei unterstützen, die passgenaue Hilfe zu finden. Außerdem setzen wir bei
667 Polizei und Justiz Schwerpunkte bei der effektiven Bekämpfung von Gewalttaten
668 gegen Frauen und queere Personen. Das beinhaltet schnelle Ermittlungen, schnelle
669 Strafverfahren und eine bessere Bewertung von Risikofällen.

670 Häusliche Gewalt koordiniert bekämpfen

671 Wir werden in NRW eine Koordinierungsstelle zur Verhütung und Bekämpfung von
672 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt schaffen. Damit setzen wir die
673 Istanbul-Konvention weiter um, zu der NRW sich bekannt hat. Die Stelle bringt
674 verschiedene Hilfsangebote zusammen und unterstützt die Weiterentwicklung der
675 Gewaltschutz-Einrichtungen und ihrer Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden wir
676 ein Monitoring zum Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in NRW entwickeln.
677 Auch Männer werden Opfer häuslicher Gewalt. Wir werden die Schutz- und
678 Unterstützungsstrukturen, die sich an männliche Opfer von Gewalt richten,

679 ausbauen. Das erfordert zusätzliche Ressourcen und darf nicht zulasten der
680 bestehenden Frauenhilfeeinfrastruktur gehen. Die Interventionsstellen bei
681 häuslicher Gewalt wollen wir finanziell stärken und als Anlaufstellen für alle
682 Opfer häuslicher Gewalt, unabhängig vom Geschlecht, weiterentwickeln.

683 Betroffene unterstützen, die den Gerichtsprozess wagen
684 Opfer von Sexualdelikten, Stalking und Bedrohungen erstatten in viel zu vielen
685 Fällen keine Anzeige. Ein Grund dafür ist die hohe Belastung der Opfer im
686 anschließenden Gerichtsprozess. Das werden wir ändern und uns für eine den
687 Vorwürfen angepasste Zeugenvernehmung einsetzen. Kein Opfer solcher Straftaten
688 darf mehr Angst davor haben, die Täter anzuzeigen. Zudem werden wir die
689 „Childhood“-Häuser in NRW stärken, in denen die notwendige Begleitung von
690 Kindern und Jugendlichen bei Missbrauchserfahrung in kinderfreundlicher Umgebung
691 unter einem Dach koordiniert und strukturiert wird.

692 Neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung
693 Wir werden neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung straffällig
694 gewordener Menschen gehen, um für mehr Sicherheit für die Bevölkerung zu sorgen.
695 Im neuen Landesresozialisierungs- und Opferschutzgesetz werden wir den
696 Opferschutz stärken und bei der Resozialisierung mitberücksichtigen. Außerdem
697 werden wir den Übergang vom Strafvollzug in die Freiheit besser organisieren, so
698 dass ehemalige Straftäter*innen besser Fuß fassen können und Unterstützung
699 beispielsweise durch Sozialarbeiter*innen erhalten.
700 Oft ist die Haft nicht die gesellschaftlich sinnvollste Strafe, da sie den
701 Bestraften auch nach der Verbüßung ausgrenzt. Deshalb werden wir alternative
702 Sanktionsformen im Sinne von Haftvermeidung stärker in den Vordergrund rücken.
703 Insgesamt werden wir mit der Vereinheitlichung von Gesetzes- und
704 Verwaltungsvorschriften für mehr Klarheit bei Struktur und Zuständigkeiten
705 sorgen, so dass mehr Personal und Geld für den effektiven Opferschutz und die
706 Resozialisierung zur Verfügung steht. Sowohl der Opferschutz als auch die
707 Verbesserung der Lebenslage straffällig Gewordener stehen dabei für uns im
708 Mittelpunkt.

709 Wir stärken die Sicherheit und schützen Bürger*innenrechte

710 Mehr Sicherheit mit unserer Polizei: bürger*innenorientiert, professionell und
711 gut ausgestattet
712 Dass Nordrhein-Westfalen ein grundsätzlich sicheres Land ist, liegt auch an der
713 guten Arbeit der Polizei. Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols muss sie
714 gut aus- und fortgebildet, personell gut aufgestellt und angemessen ausgestattet
715 sein. Wir nehmen das Leitbild der Polizei-NRW ernst und wollen eine
716 bürgerorientierte, professionelle und rechtsstaatliche Polizei. Die hohen
717 Einstellungszahlen in der Polizei werden wir aufrechterhalten und dabei die
718 Vielfalt der Gesellschaft auch in der Polizei abbilden. Wir wollen für mehr
719 Beamte*innen im Bezirks- und Schwerpunktdienst sorgen, um die wichtige
720 sozialraumorientierte Polizeiarbeit im „Veedel“ oder Stadtteil zu stärken. Damit
721 leisten wir einen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und erhöhen das
722 Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Flächendeckende und anlasslose
723 Videoüberwachung lehnen wir ab. Für eine Ausstattung mit Tasern, außer für
724 Spezialkräfte, sehen wir keinen Bedarf. Angesichts der immer größeren
725 Anforderungen beispielsweise in den Bereichen Kindesmissbrauch,
726 Umweltkriminalität, Geldwäsche, organisierte Kriminalität (Mafia) werden wir die

727 Kriminalpolizei personell und in der Aus- und Fortbildung stärken. Dabei
728 ermöglichen wir Spezialisierungen und fördern Fachkarrieren. Die
729 gesundheitlichen Belastungen im Polizeidienst sollen durch eine Überprüfung der
730 Schichtdienstmodelle und den Ausbau von Krisenintervention und Supervision
731 verringert werden. Die Fortbildung, insbesondere der Führungskräfte,
732 beispielsweise bei der Deeskalationskompetenz, der Sensibilisierung gegen
733 Rechtsextremismus und Rassismus, bei Hasskriminalität sowie der
734 Menschenrechtsbildung stärken wir weiter. Wir streben die rechtssichere
735 Einführung einer individualisierten und anonymisierten Kennzeichnung unter
736 Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamt*innen an.

737 Gemeinsam gegen Rassismus in der Polizei

738 Alle Menschen – unabhängig von Hautfarbe, Religion, Migrationsgeschichte,
739 Geschlecht oder sexueller Identität – müssen darauf vertrauen können, dass die
740 Polizei sie schützt und nicht diskriminiert. Daher wiegen die Fälle von
741 Rassismus und anderen menschenverachtenden Äußerungen in der Polizei schwer. Die
742 Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der
743 Polizei NRW“ werden wir umsetzen und die Maßnahmen fortlaufend weiterentwickeln.
744 Dazu gehören Präventions- und Reflexionsmöglichkeiten in der Polizei sowie
745 Regelungen zur Rotation. Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen zum
746 Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus einführen und die Meldung von
747 Hinweisen erleichtern. Führungskräfte müssen besser qualifiziert und
748 sensibilisiert werden, damit sie Verdachtsfälle besser einschätzen und
749 intervenieren können. Zusätzlich werden wir eine wissenschaftliche Studie zu
750 rassistischen und anderen menschenverachtenden Einstellungen bei der Polizei NRW
751 in Auftrag geben.

752 Ein*e unabhängige*n Polizeibeauftragte*n für NRW

753 Die Polizei greift durch ihre Maßnahmen zum Teil empfindlich in die
754 Freiheitsrechte der betroffenen Personen ein. Wie jedes Verwaltungshandeln ist
755 auch polizeiliches Handeln überprüfbar. Einzelverfahren vor Gerichten oder im
756 qualifizierten Beschwerdemanagement können aber nicht mögliche strukturelle
757 Fehlentwicklungen innerhalb der Polizei aufdecken. Whistleblower*innen in der
758 Polizei müssen deshalb besonders geschützt werden und ihre Anliegen vorbringen
759 können, ohne irgendwelche Nachteile fürchten zu müssen. Wir wollen daher die
760 Stelle einer*eines unabhängigen Polizeibeauftragten beim Landtag NRW ansiedeln.
761 Die Stelle soll sowohl für Bürger*innen als auch für Polizeibeamt*innen
762 ansprechbar sein, den Landtag bei der Beratung von Themen zur Polizei
763 unterstützen und einen regelmäßigen Tätigkeitsbericht vorlegen.

764 Effektive Zusammenarbeit bei der Polizei

765 In keinem anderen Bundesland ist die Polizeistruktur so kleinteilig wie in
766 Nordrhein-Westfalen. Die Vielzahl der Behörden, ihre unterschiedlichen Größen
767 und Zuständigkeiten führen zu gravierenden Nachteilen bei der Aufgabenerfüllung.
768 Gerade der schreckliche Fall sexualisierter Gewalt in Lügde zeigt, dass eine
769 Polizeistrukturreform dringend erforderlich ist, weil die örtlichen
770 Polizeibehörden große beziehungsweise komplexe Verfahren strukturell nicht
771 leisten können. Daher müssen die Aufgaben und Zuständigkeiten der
772 Kreispolizeibehörden vereinheitlicht und regional gebündelt werden. So wird die
773 Polizeiarbeit überall in NRW effektiver und komplexe Fälle können besser
774 bearbeitet werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Polizei weiterhin überall in
775 Nordrhein-Westfalen ansprechbar ist.

776 Kriminalpolitik auf solider Faktenbasis

777 Um die kriminalitätsbezogene Sicherheitslage richtig einschätzen zu können,
778 reichen die Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht aus. Diese
779 betrachtet nur die der Polizei bekannt gewordenen Fälle, bis diese an die
780 Staatsanwaltschaft abgegeben werden. Das Dunkelfeld, also Taten, die der Polizei
781 nicht angezeigt wurden, bleibt hingegen unberücksichtigt. Mögliche
782 Veränderungen von Kriminalitätstrends bleiben so unerkannt. Es wird auch nicht
783 erfasst, ob die gemeldeten Verdachtsfälle überhaupt angeklagt wurden und ein
784 Urteil erging. Wir wollen, dass die Sicherheits- und Kriminalpolitik in NRW auf
785 einer rationalen und evidenzbasierten Grundlage beruht. Wir setzen uns daher für
786 einen periodischen Sicherheitsbericht unter Einbindung externer
787 Wissenschaftler*innen ein. So soll eine regelmäßig aktualisierte
788 Bestandsaufnahme der kriminalitätsbezogenen Sicherheitslage erfolgen, die über
789 die bloße Analyse der Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken
790 hinausgeht und Dunkelfeldstudien, Ursachenforschung und die
791 Sicherheitswahrnehmungen der Bürger*innen einbezieht.

792 Vertrag für Demokratie: Entschieden gegen Rechtsextremismus

793 Wir schließen einen Vertrag für die Demokratie: Die Arbeit gegen
794 Rechtsextremismus und Rassismus kann nur gemeinsam mit der demokratischen
795 Zivilgesellschaft gelingen. Wir wollen die Zivilgesellschaft durch einen
796 Fördertopf unterstützen, aus dem kleinere Initiativen und Bündnisse
797 unbürokratisch Kleinstfördersummen beantragen können. Die Beratungsstruktur
798 gegen Rechtsextremismus angefangen bei der Opferberatung, über die mobile
799 Beratung gegen Rechtsextremismus bis hin zur Aussteigerberatung werden wir
800 finanziell deutlich stärken und dauerhaft absichern. Wir werden das kommunale
801 Förderprogramm „NRWeltoffen“ auf weitere Kommunen ausweiten und das integrierte
802 Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiterentwickeln. Das
803 Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus wollen wir mit einer eigenen
804 Geschäftsstelle stärken. Auch die Arbeit der Gedenkstätten und anderer Träger
805 der (historisch-)politischen Bildung ist ein wichtiger Beitrag für die Stärkung
806 der demokratischen Kultur und die Sensibilisierung für die Gefahren des
807 Rechtsextremismus. Um die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen als
808 wichtigen Bestandteil der Demokratiebildung zu stärken, wollen wir die
809 Landeszentrale für politische Bildung beim Parlament ansiedeln und sie durch
810 einen externen wissenschaftlichen sowie zivilgesellschaftlichen Beirat stärken.

811 Konsequentes Handeln gegen rechte Gewalt

812 Die größte Gefahr für unsere Gesellschaft geht vom Rechtsextremismus aus. Die
813 Sicherheitsbehörden brauchen dringend bessere Analyseinstrumente, um die Gefahr
814 durch neue Tattypen erkennen zu können. Offene Haftbefehle gegen
815 Rechtsextremisten müssen schnell vollzogen werden. Wir werden die
816 Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses NRW vollständig umsetzen.
817 Das Wissen über rechtsextreme und rassistische Strukturen und Entwicklungen ist
818 unabdingbar für den Kampf gegen Rechts. Deshalb werden wir die
819 Rechtsextremismus-Forschung in NRW stärken und ein Monitoring im Bereich
820 Rechtsextremismus sowie zu menschenfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft
821 einführen. Außerdem setzen wir auf Dunkelfeldstudien und ein Lagebild
822 Rechtsextremismus, um das Verständnis über die Dimensionen von Hasskriminalität
823 und die Entwicklung im rechtsextremen Spektrum zu verbessern. Zudem werden wir
824 ein öffentlich zugängliches Archiv zu Rechtsextremismus in NRW fördern.
825 Neue bzw. verstärkt auftretende Phänomene machen neue Beratungsangebote

826 notwendig. Wir werden ein Angebot schaffen, dass das Umfeld von
827 Verschwörungsgläubigen unterstützt. Außerdem werden wir eine personell gut
828 ausgestattete Melde- und Beratungsstruktur für die Betroffenen von „Hate-
829 Speech“ schaffen. Zur Unterstützung der Kommunen im Umgang mit Rechtsextremismus
830 wollen wir eine juristische Beratungsstelle auf Landesebene einrichten.
831 Auch in NRW kommt es immer wieder zu rassistisch und antisemitisch motivierten
832 Angriffen auf Synagogen, Moscheen oder Kultureinrichtungen. Wir setzen auf
833 deutlich bessere Schutzkonzepte für diese Einrichtungen und in migrantisch
834 geprägten Stadtteilen. Wichtig ist dabei die Einbindung der Communities in die
835 Entwicklung von Maßnahmen des Landes.

836 Ganzheitliches Handlungskonzept gegen gewaltbereiten Islamismus weiterentwickeln
837 Von salafistischen und jihadistischen Netzwerken geht weiterhin eine
838 ernstzunehmende Gefahr für unsere Gesellschaft aus. Die Sicherheitsbehörden
839 müssen hier weiterhin sehr wachsam sein, um mögliche weitere Anschläge zu
840 verhindern. Aber auch die Präventionsarbeit gegen den gewaltbereiten Salafismus
841 und Jihadismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe haben wir im Blick. Das von
842 uns angestoßene ganzheitliche Handlungskonzept gegen den
843 gewaltbereitenverfassungsfeindlichen Salafismus werden wir weiterentwickeln.

844 Den Verfassungsschutz neu ordnen
845 Der Verfassungsschutz soll die Feinde unserer Demokratie und vielfältigen
846 Gesellschaft mit öffentlichen und nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten und
847 dabei einen klaren Fokus auf gewaltbereite Bestrebungen legen. Auf diesen Kern
848 seiner Tätigkeit werden wir ihn beschränken. Wir gründen ein Forschungsnetzwerk,
849 zur Erforschung und Dokumentation von Strukturen und Zusammenhängen von
850 demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen. Wir schaffen mehr Transparenz
851 über die Arbeit des Verfassungsschutzes durch öffentliche Sitzungen des
852 parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags. Zusätzlich richten wird die
853 Stelle einer/eines ständigen Sachverständigen beim Parlamentarischen
854 Kontrollgremium ein, um das Gremium bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes,
855 insbesondere bezüglich des Einsatzes von V-Leuten, zu unterstützen.

856 Katastrophenschutz: Aus der Pandemie und der Hochwasserkatastrophe lernen
857 Aus der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 werden wir
858 Lehren ziehen und den Katastrophenschutz in NRW so verändern, dass er deutlich
859 gestärkt wird. Das Engagement der Einsatzkräfte von Feuerwehren, anerkannten
860 Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk sowie den Spontanhelfer*innen ist
861 unverzichtbar. Die Strukturen des Katastrophenschutzes müssen so angepasst
862 werden, dass Gefahren besser erkannt werden und die Einsatzkräfte schneller das
863 tun können, wofür sie für den Ernstfall ausgebildet werden: anderen zu helfen.
864 Zur Katastrophenvorsorge führen wir verbindliche Katastrophenschutzbedarfspläne
865 auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ein. Im Katastrophenfall soll die
866 Landesebene Verantwortung übernehmen und die Kreise und kreisfreien Städte
867 unterstützen. Um die Vorsorge zu unterstützen und im Krisenmanagement
868 Verantwortung zu übernehmen, benötigen wir ein eigenes Katastrophenschutzamt auf
869 Landesebene. Die Aktivierung des Krisenstabes der Landesregierung werden wir
870 verbindlich regeln, damit die Kommunikation mit den unterschiedlichen Behörden
871 effektiv, schnell und einheitlich gelingt. Im Katastrophenfall müssen
872 Warnsysteme so gestaltet sein, dass sie möglichst alle Menschen erreichen und
873 für diese auch einfach verständlich und nachvollziehbar sind. Gemeinsam mit den
874 Kommunen und den Akteuren im Katastrophenschutz werden wir die
875 Selbsthilfefähigkeit der Bürger*innen stärken.

876 Wir werden auch die Forschung für den Katastrophenschutz und das
877 Krisenmanagement in NRW stärken. Alle bisherigen Berichte und Evaluationen zu
878 Katastrophenszenarien werden wir auf den Prüfstand stellen, um den
879 Verbesserungsbedarf für NRW zu ermitteln. Außerdem braucht das Land eine eigene
880 Katastrophenschutzplanung, um sich auf die Möglichkeit weiterer Katastrophen,
881 beispielsweise einen großflächigen langanhaltenden Stromausfall oder einen
882 Angriff auf die digitale Infrastruktur, vorzubereiten. Auch die Prävention und
883 Bekämpfung von Wald- und Naturflächenbränden müssen deutlich verbessert werden,
884 wie die Brandereignisse der letzten Jahre eindrücklich zeigen.

885 Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz in seiner Vielfalt stärken
886 Die Arbeit von Ehrenamtlichen im Brand- und Katastrophenschutz ist unverzichtbar.
887 Das verdient Anerkennung, Unterstützung der Feuerwehren und der anerkannten
888 Hilfsorganisationen sowie gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie
889 und Ehrenamt. Der enge Austausch mit den Akteuren im Brand- und Katastrophenschutz
890 ist uns wichtig. Wir wollen die Ehrenamtskarte weiter ausbauen, beispielsweise
891 auch durch kostenlose Fahrten mit Bus und Bahn. Wer einen Führerschein für
892 Rettungsfahrzeuge erwirbt, macht das im Dienst der Gesellschaft und bekommt
893 deshalb in Zukunft mehr finanzielle Unterstützung. Wir werden außerdem eine
894 Feuerwehrrente nach dem Thüringer Modell prüfen.
895 Unsere Gesellschaft ist vielfältig – wir wollen, dass sich das auch bei
896 Feuerwehren und im Katastrophenschutz widerspiegelt. Projekte zur Stärkung der
897 Sichtbarkeit von Vielfalt und für Antidiskriminierungsarbeit unterstützen wir.
898 Gemeinsam mit den Organisationen wollen wir den Anteil von Frauen sowohl im
899 Haupt- wie auch im Ehrenamt deutlich erhöhen. Die Kinder- und Jugendarbeit bei den
900 Feuerwehren und Hilfsorganisationen unterstützen wir. Die Brandschutz- und
901 Jugendbildung sowie die Verankerung von Schulsanitätsdiensten unter Beteiligung der Kinder und
902 Jugendlichen sowie Erste-Hilfe-Kurse an Schulen werden wir ausweiten.

903 Wir fördern Kultur, Medien und Sport

904 Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle
905 Unsere Demokratie lebt davon, dass wir uns eine Meinung bilden und demokratisch
906 um den besten Weg streiten können. Dafür brauchen wir Journalist*innen, die
907 unabhängig und kritisch arbeiten können. Und wir benötigen ein vielfältiges
908 Angebot an Zeitungen, Online-, Radio- und Fernsehsendungen. Wir stehen zu einem
909 pluralistischen, von staatlichen Institutionen unabhängigen und kritischen
910 öffentlich-rechtlichen Rundfunk, denn er sichert unabhängigen, allen
911 zugänglichen Journalismus. Wir verteidigen den WDR entschieden gegen
912 populistische Attacken von rechts und sichern weiterhin seine Finanzierung ab.
913 Gleichzeitig wirken wir darauf hin, dass der WDR sich mit der Gesellschaft
914 weiterentwickelt und relevant bleibt. Wir unterstützen ihn, auch jene
915 Zielgruppen zu erreichen, bei denen er sich bisher schwertut, also etwa bei
916 Jugendlichen oder Menschen mit Migrationserfahrung. Ebenso wie die Formate und
917 Inhalte müssen auch die Gremien des WDR in Zukunft die gesellschaftliche
918 Vielfalt unseres Landes besser abbilden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass
919 die Mediatheken aller öffentlich-rechtlichen Sender zu gemeinsamen Plattformen
920 weiterentwickelt werden.

921 Demokratie braucht Medienvielfalt und Lokaljournalismus
922 Eine offene Gesellschaft braucht vielfältige Informationsquellen und Medien, in
923 denen Meinungen ausgetauscht und Entscheidungen kritisch hinterfragt werden.

924 Doch gerade vor Ort schrumpft die Vielfalt an lokalen Zeitungen und
925 Radiostationen. Damit sich keine "Informationswüsten" ohne unabhängige
926 Berichterstattung zu Politik, Kultur und Gesellschaft bilden, unterstützen wir
927 die lokale Medienvielfalt und werden dies über eine neue, gemeinsame
928 Medienanstalt der Länder absichern. Wir geben der Idee des gemeinnützigen
929 Journalismus Rückenwind, so dass Bürger*innenmedienvereine und
930 Redaktionsnetzwerke ihre wichtige Arbeit leichter über Spenden finanzieren
931 können. Gerade dort, wo sich der herkömmliche Lokaljournalismus zurückzieht,
932 sind diese Initiativen wichtig, um vor Ort kritischen Journalismus aufrecht zu
933 erhalten. Wir Grüne stehen zum „NRW-Zwei-Säulen-Modell“ und für eine starke
934 Lokalradioszene. Die NRW-Landesmedienanstalt leistet hier bereits gute
935 Unterstützungsarbeit, die wir fortsetzen werden.

936 Medienkompetenz für alle –gegen Fake News
937 Frei zugängliche Informationen sind der Rohstoff für unsere Meinungsvielfalt und
938 Demokratie. Wenn sie gefälscht und manipuliert werden, ist das ein Angriff auf
939 unsere freie Gesellschaft. Gerade das Internet und die sozialen Medien
940 beinhalten beides. Deshalb ist es so wichtig, dass alle Bürger*innen in NRW
941 lernen, kompetent mit Informationen und Medien umzugehen –von klein auf, bis ins
942 hohe Alter. Wir unterstützen Bürger*innenmedien-Kompetenzprojekte, die
943 Bürger*innen und insbesondere auch Schüler*innen in NRW befähigen,
944 Falschmeldungen und Fake News zu erkennen, zu kontern und selbst als
945 Faktenchecker*innen zu arbeiten. Die wichtige Arbeit des 2020 neu gegründeten
946 „Landesverbandes Bürger*innenmedien NRW“ unterstützen wir. Dabei richten wir
947 unseren Blick nicht nur auf deutschsprachige Medien, sondern auch auf
948 internationale. Denn es ist bekannt, dass zunehmend auch ausländische,
949 autokratische Strukturen versuchen, mit Desinformationskampagnen die politische
950 oder gesellschaftliche Willensbildung hier zu beeinflussen.
951 Demokratiefeindlichen und hetzerischen Inhalten schieben wir einen Riegel
952 vor. Dafür müssen auch unsere Sicherheitsbehörden entsprechend sensibilisiert und
953 ausgestattet sein. Gleichzeitig setzen wir uns für eine deutliche
954 Wiederausweitung des mehrsprachigen Angebots des WDR ein, so dass unabhängige
955 Medienangebote auch alle Menschen in NRW erreichen.

956 Verlässliche Förderung für einen neuen Kultur-Aufschwung
957 Die Kunst- und Kulturszene in NRW bietet uns allen eine große Dichte
958 verschiedenster Museen, Clubs, Konzertsäle, Bühnen und freier Angebote. Kultur
959 und die Künste unterhalten nicht einfach nur. Sie sind das Lebenselixier unserer
960 Demokratie, sie geben Impulse und halten der Gesellschaft kritisch den Spiegel
961 vor. Wir Grünen stehen daher für eine transparente, beteiligende und vielfältige
962 Kulturpolitik. Wir geben Nordrhein-Westfalens einmaliger Kulturlandschaft
963 Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und Ausbau. Unser Ziel ist, dass die NRW-
964 Kulturszene nach der Corona-Krise wieder als Nährboden unserer offenen und
965 vielfältigen Gesellschaft auflebt. Künstler*innen, Bühnentechniker*innen, Bühnen
966 und Kulturvereine brauchen dafür finanzielle Sicherheit. Bis die Auswirkungen
967 der Pandemie abklingen, setzen wir weiterhin auf spezielle Förderungen. Für eine
968 bessere und verlässliche Kulturförderung stärken wir außerdem die Finanzen der
969 Städte, Gemeinden und Kreise. Denn sie sind wichtige Geldgeber für die Kultur
970 vor Ort. Mittelfristig entwickeln wir die Förderlandschaft des Landes weiter und
971 machen sie krisenfest. Dafür untersuchen wir die Förderstrukturen und beziehen
972 vor allem die Erfahrungen der Corona-Krise mit ein. Wir achten besonders darauf,
973 dass die Verwaltungen von Bund, Land und Kommunen in der Kulturförderung besser

974 zusammenarbeiten und Kreativität nicht im Bestimmungs-und
975 Zuständigkeitswirrwarrverpufft.

976 Kulturschaffende und Künstler*innen besser absichern
977 Wenn wir eine freie und vielfältige Kultur wollen, müssen wir auch die
978 Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen kreativ werden können. Viele Kultur-
979 und Medienschaffende arbeiten mit großem Engagement unter prekären Bedingungen,
980 verdienen wenig oder unregelmäßig und sind nicht ausreichend für das Alter
981 abgesichert. Die Kunstförderung darf deshalb nicht allein am Output orientiert
982 sein, sondern muss auch die soziale Sicherung der Künstler*innen zum Ziel haben.
983 Von Seiten des Landes NRW werden wir bis zum Ende der Pandemie die
984 Stipendienprogramme fortsetzen und dann evaluieren, welche Elemente zu einer
985 dauerhaften Kulturförderung gehören können. Über eine Gagenuntergrenze für
986 öffentliche Theater für Solo-Selbstständige auf und hinter der Bühne verbessern
987 wir außerdem die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen.

988 Mehr Raum für Kultur
989 Kultur braucht Platz! Sie gedeiht in Erfahrungs-und Freiräumen – und zwar am
990 besten mitten unter uns, dort wo die Menschen leben und arbeiten. Wir schützen
991 und schaffen Kulturräume in ganz NRW und machen unsere Städte und Dörfer damit
992 lebenswerter. Wir unterstützen Kommunen, die eine kulturelle Zwischennutzung
993 leerstehender Gebäude ermöglichen wollen, etwa durch die Übernahme von
994 Versicherungen. Auch Landesgebäude und freistehende Flächen des Landes eignen
995 sich für solche kulturellen Projekte oder Zwischennutzungen. Dafür machen wir
996 den Weg frei. Wir passen die Anforderungen zum Lärmschutz so an, dass zwischen
997 dem berechtigten Ruheinteresse von Anwohner*innen und den Anforderungen an
998 lebendige Kulturräume ein fairer Ausgleich stattfindet. Dass Clubs erstmals auch
999 rechtlich als kulturelle Orte anerkannt sind, begrüßen wir sehr und werden in
1000 NRW dafür sorgen, dass dies rechtlich entsprechend umgesetzt wird und Clubs vor
1001 Verdrängung geschützt werden.

1002 Kultur ist für alle da – Zugang zu Kultur erleichtern
1003 Kunst und Kultur unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung. Wer
1004 früh und möglichst intensiv die eigene Kreativität entwickeln kann, wird sich
1005 sozial, kulturell und menschlich auch später im Leben deutlich besser
1006 zurechtfinden. Kunst und Kultur sensibilisieren auch für die Umwelt und das
1007 menschliche Miteinander über alle Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir Grüne in
1008 NRW gut begonnene Projekte wie „Kultur und Schule“, „Kulturrucksack NRW“ oder
1009 auch „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ klug und modern
1010 weiterentwickeln. Wir wollen die musischen Fächer in den Schulen wieder stärken,
1011 Theater-, Museums- und Konzertbesuch sollten künftig auch zum schulischen Kanon
1012 kultureller Bildung gehören. Dabei sollen auch grundsätzliche Überlegungen wie
1013 ein „KulturTicket-NRW“ oder vor Ort der „freie Eintritt für Schulklassen“ sowie
1014 insgesamt eine weitreichende sozialverträgliche Teilhabe an Kultur und Kunst in
1015 NRW künftig eine noch wesentlich größere Rolle spielen. Hier wollen wir
1016 entsprechende Modellprojekte vorantreiben. Auch Kooperationsmodelle zwischen
1017 Freier Szene und öffentlichen Kultureinrichtungen sollen verstärkt gefördert
1018 werden.

1019 Den Kunstbetrieb vielfältiger und ökologischer machen
1020 Gesellschaftliche Vielfalt ist ein kultureller Schatz. Das sollte sich auch in
1021 den Kultureinrichtungen Nordrhein-Westfalens widerspiegeln. Vielfalt wird mit
1022 uns Programm – und zwar besonders dort, wo das Land und die Kommunen die Kultur

1023 finanziell fördern. Öffentlich geförderte Einrichtungen werden wir unterstützen,
1024 die gesellschaftliche Vielfalt und Barrierefreiheit stärker zu berücksichtigen
1025 – etwa im Programm, bei der Besetzung von Künstler*innen oder Leitungspositionen
1026 oder Jurys. Bei der Besetzung von Intendanten müssen endlich Frauen stärker zum
1027 Zuge kommen. Neue Leitungs- und Organisationsformen als Alternative zum
1028 überkommenen, stark hierarchischen Intendanten-Modell, sollen nicht die Ausnahme,
1029 sondern die Regel werden.

1030 Kunst und Kultur spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise.
1031 Zum einen können sie selbst ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern, zum
1032 anderen wichtige Impulse für eine nachhaltige Transformation unserer
1033 Gesellschaft geben. Immer mehr Initiativen, Festivals, Filmproduzierende und
1034 Spielstätten versuchen mit großem Einsatz, ressourcenschonender zu arbeiten. Wir
1035 unterstützen diese Bemühungen ebenso wie die Einrichtung einer „Green Culture
1036 Desk“-Beratungsstelle und eines „Green-Culture-Fonds“ des Bundes.

1037 Medien-, Film- und Kreativwirtschaft fördern
1038 NRW ist ein Film- und Medienland. Die Branche ist ein eigenständiger, wichtiger
1039 Wirtschaftsfaktor, dessen Innovationskraft auch für andere Branchen immer
1040 bedeutsamer wird. Wir stärken ihn weiter durch Förderung und kluge Vernetzung
1041 mit anderen, auch internationalen Förderzusammenhängen. Auch das „Mediennetzwerk
1042 NRW“ soll weiter gestärkt werden. Dabei spielen Ausbildungs- und Förderangebote
1043 wie die „internationale Filmschule Köln“, das „Mediengründerzentrum NRW“ und das
1044 „GamesLab Cologne“ eine zentrale Rolle. Ebenfalls unterstützen wir nach wie vor
1045 ganz besonders die erfolgreiche Arbeit der Film- und Medienstiftung NRW. Die
1046 Gründerförderung in Kreativwirtschaft und Kultur wollen wir in Kooperation mit
1047 den Fach- und Kunsthochschulen in NRW weiter ausbauen und zusätzlich auch eine
1048 effektive Popkulturförderung in NRW etablieren.

1049 Erinnerungen bewahren und aus ihnen lernen
1050 Die Verbrechen des Nationalsozialismus prägen uns und unser Land weiter. Wir
1051 alle tragen Verantwortung dafür, die Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit wach zu
1052 halten und aus dieser Erinnerung heraus für unsere Demokratie und unsere
1053 gesellschaftlichen Freiheiten einzutreten. Es gibt nur noch sehr wenige
1054 Zeitzeugen, die von ihren Erlebnissen berichten können und längst nicht jede
1055 Familie im Einwanderungsland NRW hat einen biografischen Bezug zur NS-
1056 Geschichte. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Erinnerung für alle
1057 Menschen lebendig und erfahrbar gemacht wird und sichern daher die Arbeit der
1058 Gedenkstätten finanziell weiter ab. Wir sind außerdem offen dafür, neue
1059 Erinnerungsorte zugänglich zu machen und mit entsprechenden Angeboten
1060 auszustatten – auch um an die Opfer des Rechtsextremismus in der
1061 Nachkriegsgeschichte zu erinnern. Rechtspopulistischen und anderen Kräften, die
1062 einen Schlussstrich unter das Gedenken setzen wollen, stellen wir uns
1063 entschieden entgegen.

1064 Sport braucht weiter eine intakte Infrastruktur
1065 Sport ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig, denn Sport ist gut
1066 für Gesundheit und Wohlbefinden. In den Vereinen, auf Sportplätzen, in Hallen und
1067 Schwimmbädern kommen Menschen verschiedener Herkunft, unterschiedlichsten Alters
1068 und unterschiedlichster Erfahrungen zusammen. Mit seinen vielen ehrenamtlich
1069 Engagierten ist der organisierte Sport wortwörtlich die größte
1070 Bürger*innenbewegung in NRW. Aber auch jenseits der Vereine und Verbände finden
1071 sich Menschen zusammen, um gemeinsam Sport zu treiben und in Bewegung zu
1072 bleiben. Im Sport werden die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft

1073 gelebt und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist und Vielfalt. Und Sport hält
1074 uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne unterstützen deshalb den Sport
1075 im Land aus voller Überzeugung. Viele Sportstätten werden zurzeit durch das
1076 Programm "Gute Sportstätten 2022" instandgesetzt. Den Erfolg des Programms
1077 werden wir evaluieren und das Programm weiterentwickeln. Wir setzen uns
1078 insbesondere für eine gute Bäderinfrastruktur ein und stärken den
1079 Schwimmunterricht an Schulen und in Vereinen. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind
1080 bis zum Ende der Grundschulzeit die Möglichkeit hat, schwimmen zu lernen.
1081 Daneben werden wir Bewegungsmöglichkeiten für Klein und Groß in die Wohnumgebung
1082 integrieren. Sportmöglichkeiten, wie beispielsweise auf dem Grüngürtel in Köln,
1083 erfreuen sich großer Beliebtheit und fördern das Zusammenleben in den
1084 Quartieren.

1085 Sportförderung und Sportgroßveranstaltungen, von denen alle profitieren
1086 Wir Grüne sehen Sportgroßveranstaltungen als integratives und einendes Element
1087 an. Außerdem profitieren sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport von
1088 solchen Events. Deshalb sollen sie in Nordrhein-Westfalen unter der Maßgabe von
1089 Nachhaltigkeit und Kostentransparenz und unter Beteiligung der Bürger*innen in
1090 Zukunft begleitet und vorangetrieben werden. Sport und Bewegung leisten wichtige
1091 Beiträge zur gesundheitlichen Prävention. Wir werden den Präventionsgedanken
1092 noch stärker in die Sportförderung integrieren. Prävention und
1093 Gesundheitsförderung sind ein Mehrwert für alle, aber insbesondere auch für
1094 ältere Menschen. Unser Ziel ist es, die Förderung der guten,
1095 eigenverantwortlichen Arbeit des LSB NRW nach „Good-Governance“-Kriterien
1096 transparent und rechtssicher zu gestalten und gleichzeitig die Wünsche von
1097 Sportler*innen ohne Zugehörigkeit zu einem Verein ausgewogen zu berücksichtigen.
1098 Hierfür ist es richtig, sich in einer neu zu schaffenden Landessportkonferenz
1099 mit allen wichtigen Sportakteur*innen an einen Tisch zu setzen. Wir legen mit
1100 einem Sportfördergesetz die Grundlage, dass alle Menschen in NRW die Möglichkeit
1101 haben, entsprechend ihren Wünschen und Fähigkeiten Sport zu treiben.

1102 Dialog im Sport fördern, eSport unterstützen
1103 Wir Grüne werden dem Sport ein verlässlicher Partner darin sein,
1104 Sportveranstaltungen zu dem zu machen, was sie sein sollten: ein Ereignis, an
1105 dem die ganze Gesellschaft teilnehmen kann. Dafür sollen regelmäßige
1106 Dialogformate und Fanhearings die Kommunikation und Kooperation zwischen allen
1107 Beteiligten verbessern. Wir werden unsere Verbündeten gegen Gewalt,
1108 Diskriminierung, Ausgrenzung und Hass im Sport stärken. Wir setzen dabei
1109 ausdrücklich darauf, die organisierte Fanszene als aktiven Teil der
1110 Zivilgesellschaft einzubeziehen. Ebenso gehören die Polizei, die „Zentrale
1111 Informationsstelle Sporteinsätze“, die Ordnungsbehörden, Vereine und Verbände
1112 sowie Fanprojekte und Fanbeauftragte zu den Gesprächspartner*innen. Wir
1113 unterstützen die Gaming-Kultur und insbesondere den eSport finanziell und ideell
1114 stärker. Wir setzen uns dafür ein, dass eSport-Vereine als gemeinnützig
1115 anerkannt werden. Um Austausch und Verständigung zwischen beiden Welten zu
1116 fördern, unterstützen wir gemeinsame Projekte von eSport und klassischem Sport.
1117 Ähnlich wie beispielsweise beim klassischen Fußball die Themen Rassismus und
1118 Vielfalt, machen wir auch beim eSport gesellschaftliche Themen zum Gegenstand
1119 von Förderung und Austausch.

1120 Wir gestalten gemeinsam Europa und die Eine Welt

1121 NRW vernetzt Europa –global denken, lokal handeln

1122 NRW liegt als bevölkerungsreichstes Bundesland im Herzen Europas. Wir sind
1123 überzeugt, dass wir die sozialen und ökologischen Herausforderungen des
1124 Klimawandels nur auf internationaler Ebene bewältigen können. Ganz besonders
1125 zählen wir dabei auf unsere europäischen Partner. Wir gründen eine Europa-
1126 Stiftung, die die europäischen Werte und die unterschiedlichen Facetten einer
1127 lebendigen Demokratie in der schulischen und außerschulischen Bildung fördert.
1128 Damit schaffen wir eine Koordinierungs- und Ansprechstelle für die zahlreichen
1129 dezentralen Angebote in NRW. Indem die Stiftung ebenfalls den europaweiten
1130 Austausch zwischen Kommunen und Regionen stärkt, erneuert sie den europäischen
1131 Zusammenhalt und macht die Errungenschaften der Europäischen Union für die
1132 Bürger*innen vor Ort erlebbar. Wir setzen uns von NRW aus für die Einhaltung der
1133 Menschenrechte und Rechtsstaatsprinzipien innerhalb der EU ein und halten
1134 entschieden gegen antidemokratische Angriffe.

1135 Wir kämpfen weiter für ein echtes Lieferkettengesetz

1136 Viele Jahre haben Grüne im Bundestag und im Europäischen Parlament für ein
1137 Lieferkettengesetz gekämpft, welches Arbeitnehmer*innenrechte und
1138 Umweltstandards auch in Drittländern schützt und deutsche und europäische
1139 Unternehmen für Verstöße ihrer Lieferanten in die Verantwortung nimmt. Das 2021
1140 beschlossene Gesetz ist für uns Grüne eine herbe Enttäuschung. CDU, CSU und SPD
1141 haben ein Gesetz beschlossen, das zwar eine Lieferantenhaftung vorsieht, die
1142 Ausnahmen aber zur Regel macht. Maßgebliche Teile der deutschen Unternehmen
1143 werden vom Gesetz nicht erfasst. Bis es ein echtes Lieferkettengesetz gibt,
1144 werden wir vorangehen und die öffentliche Beschaffung in NRW durch ein neues
1145 Tariftreue- und Vergabegesetz nach nachhaltigen und sozialen Kriterien
1146 ausrichten.

1147 NRW arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in der EU und global

1148 Die Umsetzung der Agenda 2030 und der Klimaziele gehen zu langsam voran. Wir
1149 setzen die Ziele im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie NRW um, indem wir die UN-
1150 Nachhaltigkeitsziele als festen Bestandteil in allen Landesressorts etablieren
1151 und auch die Kommunen dahingehend unterstützen. Außerdem führen wir einen
1152 verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck ein, um bei Gesetzentwürfen und bei der
1153 Vergabe öffentlicher Aufträge zu prüfen, ob soziale und ökologische Standards
1154 eingehalten werden. Der Europäische Grüne Deal stellt für uns einen klaren
1155 Handlungsauftrag dar, bis 2040 klimaneutral zu sein. Wir wollen in NRW
1156 vorangehen und uns dieser Verantwortung stellen. Unser Ziel muss sein, unseren
1157 Kindern einen Planeten zu hinterlassen, der lebenswert ist.
1158 Neben fairer Entlohnung und Arbeitssicherheit ist die Kreislaufwirtschaft ein
1159 wichtiger Baustein. Um die begrenzten Ressourcen der Erde zu schonen und Energie
1160 einzusparen, müssen so viele Produktionsverfahren wie möglich im Kreislauf
1161 geführt werden. Hierfür brauchen wir beispielsweise nachhaltiges Produktdesign
1162 und mehr recyclingfähige Rohstoffe. Die dafür nötigen Maßnahmen möchten wir
1163 gemeinsam mit Branchenvertreter*innen, Verbänden, Gewerkschaften und der
1164 Zivilgesellschaft umsetzen. Das Land muss hier als Partner auftreten und die
1165 Industrie bei dieser Aufgabe finanziell unterstützen. Branchenverträge können
1166 dafür den geeigneten Rahmen bilden.

1167 Zivilgesellschaft für die Eine Welt stärken

1168 Viele Menschen engagieren sich in unserem Bundesland ehrenamtlich für den
1169 globalen Süden. Sie bauen gemeinsam mit ihren Partner*innen dort Projekte auf.
1170 Immer mehr Verbraucher*innen kaufen fair gehandelte Produkte und sie alle
1171 leisten damit einen ganz persönlichen Beitrag. Diese zivilgesellschaftlichen
1172 Aktivitäten wollen wir unterstützen durch den Ausbau des „Eine Welt Netzes“ als
1173 Dachverband developmentspolitischer Vereine und engagierter Personen in NRW
1174 sowie durch verstärkte Kampagnen für „Fairen Handel“. In unserem Land existiert
1175 eine gute Struktur von Angeboten zur Nachhaltigkeitsbildung. Diese bestehenden
1176 Strukturen wie die Stiftung „Umwelt und Entwicklung NRW“ und das Programm
1177 „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ wollen wir ausbauen, um
1178 mehr Menschen damit zu erreichen. Auch die internationale Zusammenarbeit mit den
1179 beiden NRW-Partnerländern Südafrika und Ghana wollen wir intensivieren. Wir fördern
1180 globale Partnerschaften von Vereinen, Verbänden, Kommunen, Wissenschaft und
1181 Betrieben aus NRW. Einen wichtigen Aspekt bilden hierbei die beiderseitige
1182 Austausch und Kooperationsprojekte von Studierenden, Schüler*innen und
1183 Auszubildenden.

1184 Städtepartnerschaften für Nachhaltigkeit

1185 Viele unserer Städte und Gemeinden haben enge Beziehungen mit ihren
1186 Partnerregionen überall auf der Welt und führen gemeinsam Projekte aus, auch in
1187 der kommunalen Entwicklungspolitik. Wir wollen deshalb gemeinsam mit unseren
1188 Kommunen ein Konzept entwickeln, um die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele,
1189 Menschenrechte und Fairen Handel zu zentralen Aspekten bestehender und
1190 zukünftiger Städtepartnerschaften macht.
1191 Auch ist Nordrhein-Westfalen Mitglied der internationalen „Under-2-Coalition“,
1192 die mit regionalen Maßnahmen die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius
1193 begrenzen will. Kommunale Klimapartnerschaften sollen dabei eine tragende Rolle
1194 spielen, um auf kommunaler Ebene einen Beitrag zu den globalen Herausforderungen
1195 zu leisten. Denn es sind maßgeblich unsere Städte und Gemeinden, die europäische
1196 und internationale Vereinbarungen umsetzen und mit Leben füllen.
1197 Klimapartnerschaften helfen ihnen dabei, sich untereinander zu vernetzen,
1198 Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte umzusetzen. Damit die Kommunen
1199 Ansprechpartner*innen haben, wenn sie eine Klimapartnerschaft aufbauen wollen,
1200 schaffen wir eine Koordinierungs- und Beratungsstelle auf Landesebene, die sie
1201 bei ihrem Vorhaben unterstützt und begleitet. Außerdem stellen wir Finanzmittel
1202 für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Gemeindefinanzierungsgesetz zur
1203 Verfügung.

1204 NRW als Standort für Internationales verankern

1205 NRW ist mit seiner Bundesstadt Bonn ein wichtiges Zentrum für internationale und
1206 Eine-Welt-Politik. Allein die UN sind hier mit 20 Einrichtungen vertreten, hinzu
1207 kommen noch über 150 weitere internationale Institutionen, Vereine und
1208 Hilfswerke der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Bonn ist
1209 ebenfalls Standort des „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit
1210 und Entwicklung“, des „Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik“, der
1211 „Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ oder dem „Bonn International
1212 Center for Conversion“. Mit dieser breiten Struktur aus Wissenschaft,
1213 internationalen Organisationen und NGOs soll das Land NRW Vorreiter in der
1214 Entwicklungszusammenarbeit sein. Wir wollen NRW als wichtigen Stand- und
1215 Konferenzort für Menschenrechte und Friedensbildung, Nachhaltigkeitsstrategien,
1216 und Demokratisierungsprozesse etablieren.

1217 NRW: Hafen für Menschenrechte und Teil der Einen Welt
1218 Wir leben in einem funktionierenden Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die
1219 Rechte seiner Bürger*innen zu schützen. Was für uns so selbstverständlich
1220 klingt, ist es für viele Journalistinnen, Abgeordnete, Wissenschaftlerinnen und
1221 Menschenrechtsverteidiger*innen, Frauen, LGBTTIQ, Menschen mit Behinderung,
1222 Angehörige von Minderheiten in vielen Ländern dieser Erde nicht. Sie werden von
1223 Unrechtsregimen als Regimegegnerinnen und -gegner angesehen und wegen ihrer
1224 Arbeit oder lediglich aufgrund ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer
1225 Orientierung im eigenen Staat unterdrückt, bekämpft, verfolgt.
1226 Wir wollen diesen Menschen in NRW einen sicheren Hafen bieten, in dem sie ihre
1227 Arbeit fortsetzen können und vor Repressalien geschützt sind. Im Bundestag
1228 verabschiedeten Abgeordnete bereits 2003 das Programm „Parlamentarier schützen
1229 Parlamentarier“; aus dem schon 100 Patenschaften hervorgegangen sind. Die
1230 Abgeordneten nutzen dabei ihr Netzwerk, um bedrohte Parlamentarierinnen und
1231 andere Menschenrechtsaktivisten aufzunehmen. Ein solches Programm wollen wir
1232 auch für NRW schaffen und die bisherigen Erfolge in der Verteidigung von
1233 Menschenrechten weiter nach vorne zu bringen.